Postanschrift: Landkreis Göttingen · 37070 Göttingen

An die Fachdienste 56.4, 56.5, 56.6, 56.7
und 56.8 des Jobcenters des Landkreises Göttingen
und an die Stadt Göttingen - FD Soziales -

Über Fach

Servicezeiten:

Mo, Mi, Fr 09:00 – 12:00 Uhr
Do 13:30 – 16:00 Uhr

Nutzen Sie unser Angebot zur
Terminabsprache

Göttingen,
21.08.2019

Auskunft erteilt:
Herr Diederichs

E-Mail:
Diederichs@landkreisgoettingen.de

Telefon:
0551 525-2391

Fax:
0551 525-62391

Zimmer:
2616
Gothaer Platz 2

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens:

Mein Zeichen:
56.1/ 50 11 00

Standort:
Landkreis Göttingen
Reinhäuser Landstraße 4
37083 Göttingen
www.landkreisgoettingen.de

Sparkasse Göttingen
IBAN: DE78260500010000505792
BIC: NOLADE21GOE
Sparkasse Osterode am Harz
IBAN: DE02263510150003204476
BIC: NOLADE21HZB
Kreis- und Stadtparkasse Münden
IBAN: DE04260514500000006510
Sparkasse Duderstadt
IBAN: DE35260512600000121962

Rundschreiben Nr. 11/ 2019-SGB II

Neue Angemessenheitsgrenzen KdU ab dem 01.09.2019

I. Übersicht des Regelungsinhaltes

1.) Einführung neuer Angemessenheitsgrenzen nach § 22 Abs. 1 S. 1 SGB II

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum 01.09.2019 werden die KdU-Angemessenheitsgrenzen geändert. Diese basieren auf den durch das Institut Wohnen und Umwelt (IWU) im Wege der Indexfortschreibung ermittelten Beträgen.

Die Werte des Klimabonus verändern sich nicht. Der Klimabonus ist weiterhin entsprechend der im Rundschreiben Nr. 18/2017-SGB II getroffenen Bestimmungen zu prüfen und ggf. zu gewähren.

Die neuen Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft betragen:

Angemessene Wohnfläche m ²	Angemessene Unterkunftskosten (Bruttokaltmiete in Euro)					
	Wohnort I Göttingen (Stadt)	Wohnort II Bovenden, Rosdorf	Wohnort III Hann.Münden, Staufenberg	Wohnort IV Adelebsen, Dransfeld, Friedland, Gleichen, Radolfshausen	Wohnort V Duderstadt, Gieboldehausen	Wohnort VI Osterode (Altkreis)
50	491	410	340	358	353	338
60	558	476	433	433	419	422
75	625	581	483	525	483	479
85	740	668	535	631	542	558
95	866	795	638	702	668	605
105	958	879	706	776	739	669
115	1049	963	773	850	809	733
125	1140	1047	840	924	879	797
135	1231	1130	907	998	950	860
145	1322	1214	974	1072	1020	924

Die ab dem 01.09.2019 geltenden, „neuen“ KdU-Angemessenheitsgrenzen liegen in allen Vergleichsräumen und in allen Haushaltsgrößen über den Werten, die im Zeitraum vom 01.09.2017 bis zum 31.08.2019 galten.

Dementsprechend sind die „neuen“ Angemessenheitsgrenzen ab dem 01.09.2019 in allen laufenden Leistungsfällen und auch in allen Leistungsfällen mit Neuansträgen anzuwenden.

Laufende Kostensenkungsverfahren sind an die neuen Angemessenheitsgrenzen anzupassen. Soweit ab dem 01.09.2019 die Übernahme der tatsächlichen KdU möglich ist, sind die bisherigen Kostensenkungsverfahren einzustellen.

2. Umsetzung im Einzelnen:

Im Rahmen der Bearbeitung der laufenden Leistungsfälle kommt es infolge der Einführung der „neuen“ Angemessenheitsgrenzen zu folgenden Fallkonstellationen:

a.) Fallgruppe 1: Ab dem 01.09.2019 wird eine unangemessene Unterkunft angemessen.

- Ab dem 01.09.2019 sind die tatsächlichen Kosten der Unterkunft zu übernehmen. Sofern bisher der Textbaustein „Kürzung unangemessene KdU“ bzw. der Textbaustein „Belehrung unangemessene Neben- und Heizkosten“ verwendet worden ist, ist der Textbaustein zu entfernen.

- Falls bezüglich der Angemessenheit der KdU ein Widerspruchs- oder Klageverfahren anhängig ist, ist von der LSB ein Änderungsbescheid zu fertigen, der nach § 86 bzw. § 96 SGG Gegenstand des laufenden Widerspruchs- oder Klageverfahrens wird. Der zuständige Widerspruchssachbearbeiter bzw. die OE 03 ist zu informieren.
- Wurden bisher die tatsächlichen Unterkunftskosten aufgrund des Klimabonus bzw. der Gesamtangemessenheitsgrenze übernommen, sind die entsprechenden Textbausteine ab dem 01.09.2019 nicht mehr in den Bewilligungsbescheiden aufzuführen. Grund hierfür ist, dass die Übernahme der tatsächlichen Unterkunftskosten nunmehr allein deshalb erfolgt, weil sie sich innerhalb der jeweils einschlägigen KdU-Angemessenheitsgrenze bewegen.

b.) Fallgruppe 2: Es wird bereits ein Klimabonus gewährt. Ab dem 01.09.2019 wird eine bisher unangemessene Unterkunft aufgrund der Erhöhung der Angemessenheitsgrenzen unter Berücksichtigung des bereits gewährten Klimabonus angemessen.

- Ab dem 01.09.2019 sind die tatsächlichen Kosten der Unterkunft zu übernehmen. Der Textbaustein „Belehrung unangem. KdU Klimab.“ ist durch den Textbaustein „KdU tatsächlich Klimab.“ zu ersetzen.
- Falls bezüglich der Angemessenheit der KdU ein Widerspruchs- oder Klageverfahren anhängig ist, ist von der LSB ein Änderungsbescheid zu fertigen, der nach § 86 bzw. § 96 SGG Gegenstand des laufenden Widerspruchs- oder Klageverfahrens wird. Der zuständige Widerspruchssachbearbeiter bzw. die OE 03 ist zu informieren.
- In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass der Klimabonus nur bis zum Erreichen der tatsächlichen Kosten der Unterkunft gewährt wird. Höhere Kosten als die tatsächlichen Kosten der Unterkunft dürfen in keinem Fall gewährt werden.

(Beispiel: Ein-Personenhaushalt, Wohnort Göttingen, tatsächliche KdU: 500,00 Euro. Klimabonus Stufe 1 kann gewährt werden.

Bisher: angemessene KdU 453,00 €, Klimabonus Stufe 1 : 13,00 Euro. Insgesamt konnte für KdU ein Betrag in Höhe von 466,00 € gewährt werden.

Ab 01.09.2019: angemessenen KdU: 491,00 €, Klimabonus Stufe 1 weiterhin 13,00 €. Nunmehr können die tatsächlichen Kosten der Unterkunft in Höhe von 500,00 € bewilligt werden, 9,00 € hiervon werden durch den (anteilig gewährten) Klimabonus beigesteuert.)

c.) Fallgruppe 3: Ab dem 01.09.2019 können bei einer unangemessenen Unterkunft aufgrund der Bildung der Gesamtangemessenheitsgrenze (§ 22 Abs. 10 SGB II) die tatsächlichen Kosten übernommen werden.

- Ab dem 01.09.2019 sind die tatsächlichen Kosten der Unterkunft zu übernehmen. Sofern bisher der Textbaustein „Kürzung unangemessene KdU“ bzw. der Textbaustein „Belehrung unangemessene Neben- und Heizkosten“ verwendet worden ist, ist der Textbaustein zu entfernen und durch den Textbaustein „KdU unangem. § 22 Abs. 10 SGB II“ zu ersetzen.
- Falls bezüglich der Angemessenheit der KdU ein Widerspruchs- oder Klageverfahren anhängig ist, ist von der LSB ein Änderungsbescheid zu fertigen, der nach § 86 bzw. § 96 SGG Gegenstand des laufenden Widerspruchs- oder Klageverfahrens wird. Der zuständige Widerspruchssachbearbeiter bzw. die OE 03 ist zu informieren.

d.) Fallgruppe 4: Für eine unangemessene Unterkunft wurden bislang nur die angemessenen KdU übernommen. Ab 01.09.2019 können höhere KdU übernommen werden, die immer noch unangemessen sind.

- Ab dem 01.09.2019 sind die höheren angemessenen Kosten der Unterkunft zu übernehmen. Sofern bisher der Textbaustein „Kürzung unangemessene KdU“ bzw. der Textbaustein „Belehrung unangemessene Neben- und Heizkosten“ verwendet worden ist, ist der Textbaustein auf die aktuellen Werte anzupassen.
- Falls bezüglich der Angemessenheit der KdU ein Widerspruchs- oder Klageverfahren anhängig ist, ist von der LSB ein Änderungsbescheid zu fertigen, der nach § 86 bzw. § 96 SGG Gegenstand des laufenden Widerspruchs- oder Klageverfahrens wird. Der zuständige Widerspruchssachbearbeiter bzw. die OE 03 ist zu informieren.
- Bereits erteilte Kostensenkungsaufforderungen sind auf die neuen Angemessenheitsgrenzen anzupassen. Mit Zusendung der Korrekturschreiben beginnt eine neue Frist zur Kostensenkung zu laufen.

e.) Fallgruppe 5: Für eine unangemessene Unterkunft wurden bislang nur die angemessenen KdU übernommen. Zusätzlich wurde ein Klimabonus gewährt. Ab 01.09.2019 können höhere KdU übernommen werden, die immer noch unangemessen sind.

- Ab dem 01.09.2019 sind die höheren angemessenen Kosten der Unterkunft zu übernehmen. Der Textbaustein „Belehrung unangem. KdU Klimab.“ ist entsprechend der neuen Angemessenheitsgrenzen anzupassen.
- Falls bezüglich der Angemessenheit der KdU ein Widerspruchs- oder Klageverfahren anhängig ist, ist von der LSB ein Änderungsbescheid zu fertigen, der nach § 86 bzw. § 96

SGG Gegenstand des laufenden Widerspruchs- oder Klageverfahrens wird. Der zuständige Widerspruchssachbearbeiter bzw. die OE 03 ist zu informieren.

- Bereits erteilte Kostensenkungsaufforderungen sind auf die neuen Angemessenheitsgrenzen anzupassen. Mit Zusendung der Korrekturschreiben beginnt eine neue Frist zur Kostensenkung zu laufen.

3.) Bestandsschutz

Die Regelung aus dem Rundschreiben Nr. 24/2017-SGB II(Punkt I. 3.) des Rundschreibens) zum Bestandsschutz für Leistungsberechtigte, die in Wohnungen des Soziales Wohnungsbaus bzw. der Sozialen Wohnraumförderung leben, bleibt unberührt.

4.) Umsetzung in comp.ASS

a.) Für die Änderungsbescheide, die im Zuge der Gewährung höherer Kosten der Unterkunft erforderlich sind, wird folgender Textbaustein zur Verfügung gestellt:

„KdU ab 01.09.2019“

„Die Angemessenheitsgrenzen für die Unterkunftskosten gem. § 22 Abs. 1 SGB II wurden überprüft und neu festgesetzt. Ab 01.09.2019 kann daher eine höhere Bruttokaltmiete berücksichtigt werden. Den genauen Betrag entnehmen Sie bitte der Berechnung im Bescheid.“

b.) Die Textbausteine „KdU tatsächlich Klimab.“, „ Belehrung unangem. KdU Klimab.“ und „KdU unangem. § 22 Abs. 10 SGB II“ und sind bereits in comp.ASS enthalten.

5.) Durchführung der Umsetzung anhand von Listen

Den Standorten des Jobcenters des Landkreises Göttingen sowie den Fachdiensten der Stadt Göttingen wird über die Austauschordner eine Liste in elektronischer Form zur Verfügung gestellt.

Anhand dieser Liste können die Fälle der Fallgruppe 1 (bisher unangemessen, jetzt angemessen), die Fälle, in denen aktuell Kostensenkungsverfahren durchgeführt werden und die Fälle der Fallgruppen 2 bis 5 (bisher unangemessen, jetzt nach wie vor unangemessen) gefiltert werden.

Die Liste wird in folgender Abfolge abgearbeitet:

- Zunächst werden die Fälle der Fallgruppe 1, die unter 2.) a.) genannt sind, anhand der Liste abgearbeitet.

- Danach wird an die Bedarfsgemeinschaften, die aufgrund der bisherigen Angemessenheitsgrenzen aktuell per Schreiben zur Senkung ihrer Unterkunftskosten aufgefordert worden sind, ein Korrekturschreiben versandt, mit dem die neuen Angemessenheitsgrenzen mitgeteilt werden. Hierfür wird das bereits in comp.ASS vorhandene Schreiben „Anpassung Kostensenkungsverfahren“ aktualisiert. Mit Zusendung der Korrekturschreiben beginnt eine neue Frist zur Kostensenkung zu laufen.
- Nach Erledigung der ersten beiden Arbeitsprozesse werden sukzessive die Fälle der Fallgruppen 2 bis 5, die unter 2.) b.) bis 2.) e.) aufgeführt sind, abgearbeitet.

II. Umgang mit laufenden Widerspruchs- und Klageverfahren

In laufenden Widerspruchs- und Klageverfahren werden für Zeiträume ab dem 01.09.2019 die neuen Angemessenheitswerte angewendet.

Für Widersprüche, die noch in der LSB zur Abhilfeprüfung anhängig sind, können Abhilfebescheide erlassen werden, wenn die neuen Werte **für den gesamten Widerspruchszeitraum** zu angemessenen KdU führen (auch unter Berücksichtigung des § 22 Abs. 1 Satz 4 SGB II bzw. des § 22 Abs. 10 SGB II oder sonstiger Gründe (siehe Kostensenkungsbogen)).

Ansonsten ist ein Änderungsbescheid zu fertigen, der nach § 86 SGG Gegenstand des Widerspruchsverfahrens wird, und der Widerspruch an die Widerspruchsstelle abzugeben.

III. Änderung des Leitfadens

Der Leitfaden wird entsprechend zum 01.09.2019 geändert.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrage

Bock

Anlage

Anlage : Vergleich Angemessenheitsgrenzen IWU 2017 und 2019

Uraum	Name	Wertherkunft	1 PHH	Diff	2 PHH	Diff	3 PHH	Diff	4 PHH	Diff	5 PHH	Diff
1	Göttingen Stadt	IWU 2017	453,00 €		528,00 €		596,00 €		692,00 €		816,00 €	
		IWU 2019	491,00 €	38,00 €	558,00 €	30,00 €	625,00 €	29,00 €	740,00 €	48,00 €	866,00 €	50,00 €
2	Bovenden/ Rosdorf	IWU 2017	378,00 €		450,00 €		554,00 €		624,00 €		749,00 €	
		IWU 2019	410,00 €	32,00 €	476,00 €	26,00 €	581,00 €	27,00 €	668,00 €	44,00 €	795,00 €	46,00 €
3	Hann. Münden/Staufenberg	IWU 2017	313,00 €		410,00 €		460,00 €		500,00 €		600,00 €	
		IWU 2019	340,00 €	27,00 €	433,00 €	23,00 €	483,00 €	23,00 €	535,00 €	35,00 €	638,00 €	38,00 €
4	Adeleb., Dransf./Fried./Gl./ Radolfsh.	IWU 2017	330,00 €		410,00 €		500,00 €		590,00 €		661,00 €	
		IWU 2019	358,00 €	28,00 €	433,00 €	23,00 €	525,00 €	25,00 €	631,00 €	41,00 €	702,00 €	41,00 €
5	Duderstadt/ Gieboldehausen	IWU 2017	326,00 €		396,00 €		460,00 €		507,00 €		629,00 €	
		IWU 2019	353,00 €	27,00 €	419,00 €	23,00 €	483,00 €	23,00 €	542,00 €	35,00 €	668,00 €	39,00 €
6	Ehem. Landkreis Osterode	IWU 2017	312,00 €		400,00 €		457,00 €		522,00 €		570,00 €	
		IWU 2019	338,00 €	26,00 €	422,00 €	22,00 €	479,00 €	22,00 €	558,00 €	36,00 €	605,00 €	35,00 €